

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Königsberg, 13. Febr. Der Vorstand des hiesigen Handwerkervereins ist heute freigesprochen worden.

Wien. 13. Febr. Eine in der „Amtszeitung“ publicirte Verordnung des Finanzministers verbietet die Ausfuhr und Durchfuhr von Waffen, Waffenbestandtheilen, Sensen, Munition, Munitionsgegenständen über die galizische Grenze nach Rußland.

Paris, 12. Febr. In dem Corps Legislatif wurde heut, nach dem Baroche, Picard und Marquis Pierre gesprochen, das Amendement der Fünf zu § 9 der Adresse verworfen und der Paragraph selbst angenommen. Die ganze Adresse wurde in der Schluß-Abstimmung angenommen.

Paris, 13. Febr. Der heutige „Moniteur“ veröffentlicht einen Bericht aus Mexico. Nach demselben befand sich General Forey am 9. Januar noch in Orizaba. Die Anstrengungen des Feindes waren hauptsächlich gegen Tampico gerichtet. Mehrere Kämpfe hatten stattgefunden, um diese Stadt von den Guerillas, die sie im Dezember eingeschlossen hatten, zu befreien. Nachdem der Zweck der Demonstration vor Tampico erreicht war, kehrten die französischen Truppen nach Vera-Cruz zurück. Im Ganzen genommen ist kein bedeutendes militärisches Ereignis vorgekommen. Der Zustand der Armee ist vortrefflich.

Warschau, 13. Febr. In Modlin sind 2 Anführer der Insurgenten standrechtlich erschossen worden. Zu Poczno im radomischen Gouvernement, hat ein Haufe Insurgenten seinen Anführer getödtet, und sich dann zerstreut. Der Anführer der Aufständischen im Lublinschen, Zanowicz, hat sich ergeben. — Im Gouvernement Plock sind mehrere kleine Insurgentenhäufen aufgerieben worden.

Sara, 13. Febr. Der Fürst von Montenegro hat seinen Secre-
tär und den Wojewoden Matanowich in besonderer Mission, betrefß
der Militärstrafen-Angelegenheit, nach Konstantinopel entsendet.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

7. Sitzung des Herrenhauses. (13. Februar.)
Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die
Sitzung um 1½ Uhr. Das Haus ist spärlich besetzt. Am Ministertisch:
Graf Schenck, Graf zur Linde.

Der Präsident macht Anzeige von einer an das Haus ergangenen Einladung zur Vorfeier des 17 März (Aufruf an Mein Volk).

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Commissionsbericht über den Gesetzentwurf wegen der Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf Seeschiffen; wie bereits mitgetheilt, bejwörtet die Commission die Annahme des Gesetzentwurfes mit einigen Fassungsgesänderungen. Nachdem der Referent Dr. Homeyer die wesentlichen Gesichtspunkte des Commissionsberichts kurz recapitulirt hat, erklärt der Justizminister seine Zustimmung zu den Aenderungsvorschlgen der Commission. Der Handelsminister motivirt in einigen Worten die neuen Bestimmungen des Entwurfes, insbesondere diejenigen über die An- und Abmusterung der Mannschaft und die Befestigung derselben. Der Minister betont schließlich ausdrücklich, daß der Abdruck der Motive zur Vorlage bei dem Hause bereits im vor. Jahre vor der Aufsung des Abgeordneten-Hauses mitgetheilt waren) aus einem Versehen unterblieben, „nicht etwa aus einem Mangel an Achtung oder Rücksicht gegen das hohe Haus.“ — Der Gesetzentwurf wird hierauf paragraphenweise und im Ganzen ohne alle Diskussion einstimmig angenommen.

Es folgt die Beratung des Commissionsberichts über die Novelle zur pommernschen Fischerei-Ordnung. Die Commission beantragt, das Haus beschließt — nach einem kurzen Referate des Dr. v. Zander — die unveränderte Annahme der Reg.-Vorlage.

Der letzte Gegenstand der L. O. ist bezeichnet als „Berichterstattung von dem Gesamtvorstande über eine Preßangelegenheit.“ Da ein hinreichend unterstützter Antrag auf eine geheime Sitzung vorliegt, so erfolgt die weitere Behandlung des Gegenstandes unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

[Der Beschluss in der geheimen Sitzung.] Wie wir jetzt wissen, (auch bereits telegraphisch gemeldet) hat es sich in der geheimen Sitzung des Herrenhauses um einen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Genehmigung einer Anklage gehandelt, die wegen Verleumdung des Herrenhauses gegen Walesrode erhoben werden soll, weil derselbe in seiner Wochenschrift „der Fortschritt“ geschrieben hat, das Herrenhaus sei durch seinen bekannten Beschluss vom 11. Oktober v. Z. Wiederherstellung des Budgets in der Vorlage der Regierung eibrücklich geworden. Der Gesamtvorstand hat die Ertheilung der Genehmigung befürwortet, und das Haus hat, nach einigem Widerspruch selbst von sehr gemäßigten Mitgliedern, auf besonderes Andringen von hervorragenden Mitgliedern der extremen Partei, die Genehmigung ertheilt.

Dieser Beschluß ist von dem höchsten Interesse und kann vielleicht eine Bedeutung gewinnen, die von seinen Urhebern und Vertheidigern schwerlich vorausgesehen oder gewünscht wird. Der in Rede stehende Beschluß des Herrenhauses ist bekanntlich am 13. October vom Hause der Abgeordneten für verfassungswidrig erklärt. Die Regierung hat ihn seitdem nie erwähnt, weder in der Schlufrede der vorjährigen Session noch in der Eröffnungsrede von der gegenwärtigen Session. Gewissenlos ist das Herrenhaus selbst darauf zurückgekommen; bei der Adreßdebatte, wo es doch nahe gelegen hätte, jenen Beschluß zu erwähnen, ja, wo es streng genommen Pflicht gewesen wäre, ihn zu vertheidigen und zu rechtfertigen, hat kein Redner mit einer Silbe davon gesprochen. Auch in den königlichen Antworten auf die Loyalitäts-Deputationen und auf die Adressen der beiden Häuser ist er niemals erwähnt, und kein Minister oder Ministerial-Commissar hat sich jemals direct oder indirect darauf bezogen oder gar berufen. Mit der gegen Walesrode beschlossenen Anlage kommt nun dieser einmahl vergessene Beschluß wiederum in die polste und weiteste Oeffentlichkeit, und nach dem bisherigen schonenden Schweigen seitens der Regierung, so wie nach dem bisherigen vorsichtigen Schweigen des Herrenhauses selbst scheint doch angenommen werden zu dürfen, daß die Oeffentlichkeit für diesen Beschluß nicht zuträglich ist. Aber mehr als das: jener Beschluß vom 11. October kommt nunmehr in die Hände von Juristen, die sich für ihre Vertheidigung das ganze staatsrechtliche Material der Budgetfrage aneignen werden, — kommt vor die Gerichte, die damit zum erstenmale einen Rechtspruch in Sachen der Verfassung selbst zu fällen Gelegenheit finden.

Berlin, 13. Febr. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Regierungs- und Geheimen Medizinalrath Dr. Zitterland zu Aachen den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und dem als Donjon-Auffseher in Silberberg kommandirten Unteroffizier Pfeiffer vom 1. Bataillon (Neisse) 2. obersteif. Landwehr-Regiments Nr. 23 das allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Regierungsrath von Frankius zu Münster den Charakter als Geheimen Regierungsrath; und dem Appellationsgerichts-Rath Schaller in Magdeburg bei seiner Entlassung aus dem Justizdienste den Charakter als Geheimen Justiz-Rath zu verleihen.

Der bisherige Militär-Intendantur-Sekretariats-Assistent Naubert ist zum Geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator im Marine-Ministerium

Berlin, 13. Febr. Se. Maj. der König haben allergnädigst gerucht: Dem General-Lieutenant von Nutius, kommandirenden General des 6. Armee-Corps, zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen kñigl. Hoheit ihm verliehenen Großkreuzes des Haus-Ordens vom weißen Falken und dem Rittmeister a. D. Grafen zur Lippe-Weiskensfeld in Berlin, zuletzt im 1. schlesischen Fußaren-Regiment Nr. 6, zur Anlegung des von des Herzogs von Anhalt-Deskau Hoheit ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse

des herzoglich anhaltischen Gesammthaus-Ordens Albrechts des Bären, die Erlaubniß zu ertheilen.

Berlin, 15. Febr. [Seine Majestät der König] machten gestern Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Georg von Preußen zu Höchstseßens Wiegensein einen Gratulationsbesuch und empfingen später den russischen General-Adjutanten Grafen Adlerberg. Abends fand bei den Majestäten im Palais ein Ball statt, zu welchem circa 600 Personen Einladungen erhalten hatten. Heute früh empfingen Se. Majestät zum Vortrag den Polizei-Präsidenten v. Bernuth, den General-Intendanten v. Hülsen und den Staatsminister v. Schleinitz. Um 11 Uhr nahmen Se. Majestät die militärischen Meldungen in Gegenwart des General-Feldmarschalls Freiherren v. Wrangel entgegen, und arbeiteten später mit dem Präsidenten des Staats-Ministeriums und den Ministern des Innern und des Krieges. (St.-Anz.)

[Se. königl. Hoh. der Kronprinz] wird sich dem Vernehmen nach am 2. März an den königl. großbrit. Hof begeben, um der Vermählung Sr. königl. Hoh. des Prinzen von Wales mit der Prinzessin Alexandra von Dänemark beizuwohnen. Ihre königl. Hoh. die Frau Kronprinzessin wird, wie es heißt, schon acht Tage früher die Reise nach England antreten.

K. C. Berlin, 13. Febr. [Die zur Vorberathung der Gesetzes-Entwürfe wegen besserer Dotirung der Invaliden von 1806 bis 12 und der Veteranen von 1813—15 eingesetzte Commission] des Hauses der Abgeordneten hat gestern Abend ihre Arbeit beendet. Der erkranktete Gesetzesentwurf ist mit der Aenderung angenommen worden, daß nicht bloß den „anerkannten“ Invaliden die Wohlthat der neuen Dotirung zukommen soll, sondern auch denen, die auf diese Anerkennung ein Recht haben. Nach Mittheilung des Vertreters des Kriegsministeriums gebt von solchen Invaliden noch täglich Gesuche ein. — In dem zweiten Gesetzes-Entwurfe, wegen der Veteranen, ist befolgt worden: 1) auch den Kittern des eisernen Kreuzes am weißen Bande (die Nicht-Combatanten) die Wohlthat des Gesetzes zuzuwenden; 2) die von der Regierung vorgeschlagene Unterscheidung zweier Altersklassen zu vermeiden, vielmehr beide Altersklassen gleichzustellen — die dadurch herbeigeführte Mehrausgabe wird gegen 38,000 Thaler betragen; 3) soll die Regierung nicht bloß (wie sie beantragt hat, an einen Minimalfals, sondern auch an einen Minimalfals von einem Thaler monatlich gebunden sein, und 4) sollen auch diejenigen Veteranen an der neuen Dotirung participiren, welche in den Freiheitskriegen in einer „befreundeten“ Armee gedient haben, vorausgesetzt, daß sie preussische Unterthanen sind. — Zum Referenten ist der Abg. Stavenhagen gewählt. Der Finanz-Minister ist in der gestrigen Commissions-Sitzung abernals anwesend gewesen; er hat namentlich den Antrag auf eine Resolution bekämpft, durch welche das Haus die Regierung zu einer weiteren Erhöhung der Dotation auffordern solle. Der Minister hat vor Differenzen gewarnt, an denen das ganze Gesetz scheitern könne, und dagegen, falls man statt einer Resolution sich mit der Aeußerung eines bloßen Wunsches begnüge, Concessionen der Regierung in Aussicht gestellt. Eine nähere Bezeichnung dieser Concessionen ist von dem Minister trotz mehrfacher Anfragen nicht zu erlangen gewesen. Als darauf bei der Specialberathung die Gleichstellung der beiden Altersklassen befaßt ist, hat der Minister seine Zustimmung erklärt, und die Commission hat sich dann ihrerseits damit befaßt, statt einer Resolution die Erklärung des Wunsches nach weiterer Erhöhung zu beantragen. So ist es denn also die Commission des Hauses, welche eine Verbesserung der Lage der Invaliden und Veteranen über die Vorschläge der Regierung hinaus befragt. Man hat in der Commission den Eindruck gehabt, als sei es der Regierung nicht angenehm, sich im gegenwärtigen Augenblicke gerade in dieser Frage von der Commission und dem Hause der Abgeordneten überholt zu sehen. Der extremen Partei wird es unangenehm fallen, daß die liberale Majorität bei diesen Vorlagen der Regierung eine rein sachliche, von jeder abstracten Principienreiterei freie Haltung einnimmt und eine vaterländische Ehrenschild nicht für den geeigneten Anlaß hält, diejenigen Bedenken geltend zu machen, die sich in der gegenwärtigen Lage vom strengen Rechtsstandpunkt aus allerdings jeder Geldbedemilung entgegenstellen.

[Die Ultraliberalen über die Militärnovelle.] Die „Berl. Allg. Z.“ sagt am Schlusse eines Leitartikels über die jüngste Vorlage des Kriegsministers: Wir wissen recht wohl, daß wir kein Recht haben, die zweijährige Dienstzeit zu fordern, denn die dreijährige besteht gesetzlich; wir wissen wohl, daß wir kein Recht haben, den Erlaß eines Contingents- oder Rekrutierungsgegesetzes zu fordern, aber wir wissen auch, daß die Regierung kein Recht hat, vor Erfüllung dieser Bedingungen Erhöhung des Budgets zu fordern. Welchen Tadel man über die Haltung der Majorität aussprechen möge, man höre auf, ihr die Concessionen vorzuphalten, die ihr die Regierung gemacht. Das jetzt vorliegende Gesetz ist nicht eine Concession, es ist eine erneuerte Forderung an die Leistungsfähigkeit des Landes. Einem zerstreuten Gläubiger mag man vorrechnen: Fünf Thaler hast Du für mich ausgelegt, fünf Thaler bin ich Dir schuldig, also sind wir quitt; einer Versammlung von Volksvertretern kann man eine solche Rechnung nicht vorlegen.

[Das Mitglied des Herrenhauses, Graf v. York:] hat für die ganze Dauer der Session Urlaub genommen. Dies wird nicht ohne Grund, wie es scheint, mit dem neulich erwähnten Vorgange bei der Adress-Debatte in Verbindung gebracht. Graf York soll, wie Näherstehende glauben, den Tadel der liberalen Partei vielleicht weniger verdienen haben, als manche seiner Kollegen.

[Beschlagnahme.] Die gestern gemeldete Confiscation der „Berl. Abend-Ztg.“ fand wegen eines Artikels: „Eine englische Stimme über den preußischen Conflict“ statt, welcher, und zwar ausführlicher, in der „Köln. Z.“ gestanden hat.

[Was Einem recht ist, ist dem Anderen billig.] Die Amtsblätter der Regierungen von Breslau und Frankfurt a. O. führen heute in der That bereits eine Beilage mit der Antwort des Königs auf die Adresse des Abgeordnetenhauses und mit den Reden der Minister v. Bismarck, v. Bobelschwingh und Graf Culenburg in der Adressdebatte. Es kann der liberalen Partei nur förderlich sein, wenn alle diese Neuzeugungen die weiteste Verbreitung finden, und deshalb haben wir denen, die die Beilage veranlaßt haben, im Partei-Interesse zu danken. Die Sache hat indeß auch noch eine andere Seite. Schon gestern deuteten wir an, daß derartige Beilagen zu periodischen Blättern, um mit der Post versandt zu werden, nach den politischen Bestimmungen in Papier, Druck und Signatur dem Hauptblatte entsprechen müssen. Der fraglichen in der königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei gedruckten Beilage mangeln alle diese Erfordernisse. Wir nehmen davon Act und deuciren aus der Thatsache für die gesammte periodische Presse das Recht auf gleichmäßige Behandlung, für die Postbehörden also die Pflicht, die gedachten Bestimmungen in geeigneter Weise zu modificiren. Wir werden in dieser Richtung spezielle Anträge farmiren.

[Als Curiosum] können wir mittheilen, daß einige Petenten dem Abgeordnetenhaus eine von Schmähungen des Abgeordnetenhauses wimmelnde, unbeanspruchte Nummer des feudalen „Preussischen Volksblatts“ mit dem Antrage überreicht haben, die Verpöschung des Blattes zu veranlassen. Es kann nicht Sache des Hauses sein, für die Beförderung feudaler Frechheit einzutreten. Auch glaubt man nicht, daß eine Ueberweisung der Petition an die Regierung von großem Nutzen sein wird: die Petitions-Commi-

nionat deshalb gestern beschlossen, dem Hause eine motivierte Tagesordnung vorzulegen. Wer das „Preussische Volksblatt“ zur Hand nimmt, wird wissen, daß man mit demselben Recht wie eine Nummer, den ganzen letzten Jahrgang zur Verfolgung denuncieren kann.

[Die Budget-Commission des Hauses der Abgeordneten] arbeitet dießmal so schnell wie nie zuvor; sie beräth die einzelnen Etats rasch durch, erledigt die finanziellen Positionen und beschränkt sich bei ihren Anträgen wegen Verbesserungen in der Verwaltung auf die Wiederholung des Allernothwendigsten, im Anhalt an die vorjährigen Beschlüsse des Hauses. Die Berichte werden dem entsprechend nur sehr kurz sein. Etwas längere Zeit wird voraussichtlich die Berathung des Militärats erfordern, doch liegt für diese Frage jetzt der Schwerpunkt in der Militärcommission.

[Die Militärrückfälle] hat in den Kreisen der Abgeordneten denselben Einbruch gemacht, wie in der liberalen Presse. Auf dieser Grundlage ist eine Vertheidigung völlig unmöglich, und die Frage, ob das Haus der Abgeordneten gut thut, sich auf den Versuch einer Aemterreinigung einzulassen, statt vielmehr die ganze Vorlage einfach zu verwerfen. — Zum Referenten in der Commission ist vom Vorsitzenden der Abg. v. Fordenberg ernannt. Die Berathungen der Commission können erst in nächster Woche beginnen.

Die Beratungen der Commission können erst in nächster Woche beginnen. [Die Rechnungen für 1859 und 1860.] Die neulich erwähnte Aeußerung des Regierungskommissars über den Zeitpunkt, wo die Vorlage der Rechnungen für 1859 und 1860 mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer erfolgen werde, ist (nach näherer Ermittlung) dahin gegangen, daß er darüber keine Auskunft geben könne.

[Neuwahl.] In Prizwalsk ist der Kreisrichter Niel in Soldin zum Abgeordneten gewählt worden.

[Freisprechung.] Der Polizeirichter hat vorgestern auch den Commerzienrath Leonor Reichenheim von der Anklage wegen unbefugter Sammlungen zum Nationalfonds freigesprochen.

Magdeburg, 12. Febr. [Oberbürgermeisterwahl.] In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten wurde Herr Oberbürgermeister Hasselbach auf's neue für 12 Jahre zum Oberbürgermeister gewählt.

Halle, 9. Febr. [Patriotisches Verbot.] Die von den Studenten beabsichtigte Feier des 3. Febr. mit Fackelzug und Rede-Aktus wurde vom Senate nicht gestattet.

Daaden, 10. Febr. Das Mädchen von Herdorf, von dem wir neulich berichteten, daß es durch römische Priester entführt worden sei, ist, nachdem es durch eltsche Klostler gewandert war, seinen Eltern wieder zugeführt worden. Nur ist es zu beklagen, daß die Eltern, seitdem sie in die evangelische Kirche übergetreten sind, den größtlissen Insulten ausgesetzt sind.

Deutschland

Kassel, 11. Febr. [Beschlagnahme und Anklage.] Wie das „Fr. Z.“ meldet, ist die „Heftigste Morgenzeitung“ heute nach ihrer Ausgabe mit Beschlagnahme belegt worden, vermutlich wegen ihrer Kritik des ministeriellen Beschlusses, der dem Verfassungsausschuß als Erwiderung auf sein bekanntes Schreiben betreffs mündlicher Erklärungen der Minister zugegangen ist. Die Kritik sucht nachzuweisen, daß die Vorlagen und Mittheilungen der Minister höchst ungenügend seien, und „gleichwohl finde das Gesamtstaatsministerium es nicht zu dreißig, sein Nichterscheinen zu beschönigen“ u. Gegen dasselbe Blatt soll eine (angeblich auf Majestätsbeleidigung lautende) Anklage beabsichtigt sein wegen seiner Artikel über Haspenpflug und die Spielhöllen. (Spielhöllen und Majestätsbeleidigung — eine hübsche Zusammenstellung!)

Gotha, 10. Febr. [Festlichkeiten.] Gestern Abend fand ein Fackelzug zur Bezeugung der Verehrung der hiesigen Bevölkerung wegen Ablehnung der griechischen Krönung statt. Die hiesigen Sängervereine, so wie die Turnvereine nebst verschiedenen hiesigen Einwohnern hatten sich an dem Zuge betheiligt, und es begab sich, als letzterer am herzogl. Palais angekommen war, eine vorher gewählte Deputation zum Herzog, um ihm die Stimmung der hiesigen Einwohnerschaft auszudrücken.

Italien.

Turin, 8. Febr. [Microslawski und Türr. — De Christen und Bishop. — Bischof Caccia.] So eben wird ein Telegramm mitgetheilt, nach welchem die Generale Microslawski und Türr in Volschnien angekommen sein sollen. Aber Türr ist hier und war Zeuge bei der Vermählung der Gräfin Solms; er soll durchaus nicht die Absicht haben, sich an der gegenwärtigen Bewegung Polens zu betheiligen. Man versichert ferner, daß Microslawski in Paris sei, und ersucht wurde, sich von Polen fern zu halten, wo seine Gegenwart den Insurgenten keineswegs angenehm sein könne. — Die wegen bourbonischer Umtriebe verurtheilten Gefangenen De Christen und Bishop, so wie auch andere Mitschuldige Genatiempo's, sind vom Keapel nach dem Fort Savi im Genuesischen gebracht worden, nachdem ihre Strafe durch die königliche Gnade in Festungsarrest verwandelt wurde. Der Prozeß der Prinzessin Sciarra Barberini wird eifrig instruiert. Die Verhaftete bewohnt ein sehr elegantes Apartment im Lokale der Quäsur, und wird mit allen Bequemlichkeiten versehen, so daß sie außer dem Mangel an Freiheit sich über nichts beklagen kann. — Der Beschluß der Regierung, in der Gargano-Region Communicationsstraßen herzustellen und das Militär-Genie-Corps dabei zu verwenden, ist in den südlichen Provinzen sehr gut aufgenommen worden. Das Provinzial-Conseil von Capitanata hat eine halbe Million Francs votirt, welche zu diesen Arbeiten ausgegeben werden sollen. Der Staat wird sich dabei mit 133,000 Francs betheiligen und andere bedeutende Summen werden von den interessirten Gemeinden dazu angewiesen. — Die „Mailänder Zeitung“ vernimmt aus Lodi, daß der dortige Bischof an der Spitze seiner Geistlichkeit sich an der Subscription für die Opfer des Räuberwesens betheiligen wollte; aber der Erzbischof von Mailand, Msgr. Caccia, verbot es ihm. Man erwartet, daß die Regierung ihre Maßregeln nicht in solcher Weise durch einen reactionären Prälaten verböhnen lassen wird.

Genoa, 8. Febr. [Polnisches.] Unsere polnischen Flüchtlinge und die Veteranen von 1831 haben uns verlassen, um in ihr Vaterland zu eilen und gegen die moskowitzische Herrschaft zu kämpfen. Dembinski (von der ersten polnischen Revolution her zur Genüge bekannt), hat Konstantinopel verlassen, um sich an die Spitze der polnischen Verfassungskämpfe zu stellen.

A m e r i f a.

Newyork, 30. Januar. [Vom Kriegsschauplatz.] Die Unionstruppen im Südwesten, die einen dritten Versuch machen wollen, die Mississippi-Ufer von den Conföderirten zu säubern, haben ihre Operationen in der Nähe des Yazoo, eines Nebenflusses des Mississippi im gleichnamigen Staate, eröffnet. General McClelland hat sich vom Arkansasflusse nach Young's Point zurückgezogen. General Grant hat Memphis am 27. verlassen, um zu General Sherman zu stoßen. Der Befehlshaber der Conföderirten auf dem westlichen Kriegsschauplatz.

